

**Wahlordnung zur Wahl der Mitglieder
der Vertreterversammlung
des Versorgungswerkes
der Zahnärztekammer Berlin**

Vom 10. Mai 2012 (Abl. S. 1623)

§ 1

Zusammensetzung der Vertreterversammlung, Wählbarkeit

Die Vertreterversammlung besteht gemäß § 4b Absatz 5 Satz 2 des Berliner Kammergesetzes aus zwölf Mitgliedern, die der Versorgungseinrichtung angehören müssen. Die auf den Bereich der Zahnärztekammer Berlin entfallenden Mitglieder müssen auch der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin angehören.

§ 2

Wahlverfahren

(1) Die Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin wählt die Vertreter oder Vertreterinnen aus dem Kreis ihrer Mitglieder für die Dauer der Amtsperiode der Delegiertenversammlung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl. Die Wahl soll in der konstituierenden Sitzung der Delegiertenversammlung erfolgen. Findet eine Wahl hier nicht statt, hat sie in der folgenden Sitzung zu erfolgen, zu der die Delegierten spätestens sechs Wochen nach der Konstituierung der Delegiertenversammlung einzuladen sind.

(2) Die Wahlen werden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt. Wird nur ein Wahlvorschlag eingereicht, so findet Mehrheitswahl statt.

(3) Soweit das Verhältniswahlrecht Anwendung findet, ist bei den Berechnungen das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt zugrunde zu legen.

§ 3

Wahlausschuss

(1) Der Wahlausschuss besteht aus dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin und zwei Beisitzern oder Beisitzerinnen.

(2) Die Delegiertenversammlung wählt den Wahlausschuss aus ihrer Mitte in der Sitzung, in der die Wahl stattfinden wird. Mitglied im Wahlausschuss darf nicht sein, wer sich um einen Sitz in der Vertreterversammlung bewirbt.

(3) Der Wahlausschuss fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

(4) Der Wahlausschuss kann zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl auf Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Zahnärztekammer Berlin und des Versorgungswerkes als Hilfskräfte zurückgreifen.

§ 4 Wahlvorschläge

- (1) Wahlvorschläge zur Wahl der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes können nur von in der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin bereits vertretenen Wahlvorschlägen eingereicht werden. In den Wahlvorschlag dürfen nur Kandidaten des eigenen Wahlvorschlages aufgenommen werden. Die Kandidaten müssen die Voraussetzungen gemäß § 1 erfüllen. Gemeinsame Wahlvorschläge sind nicht zulässig. Wahlvorschläge zur Wahl der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes sind dem Wahlausschuss zu übergeben. Die Wahlvorschläge können nur bis zum Aufruf des Tagesordnungspunktes zur Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung abgegeben werden.
- (2) Ein Wahlvorschlag muss von mindestens einem Delegierten unterschrieben sein. Die Unterschriften der Delegierten müssen leserlich sein, ihre Namen in Druckbuchstaben wiederholt werden.
- (3) Jeder und jede Delegierte darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Hat jemand mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet, so ist seine Unterschrift auf allen Wahlvorschlägen ungültig.
- (4) In einem Wahlvorschlag können beliebig viele Bewerber und Bewerberinnen gemäß Absatz 1 vorgeschlagen werden. Vor- und Zunamen der Bewerber und Bewerberinnen müssen angegeben sein.
- (5) Vor Beginn des Wahlganges haben die Bewerber und Bewerberinnen nach Aufruf zu erklären, dass sie für die Wahl zur Verfügung stehen. Die Erklärung kann auch schriftlich erfolgen, spätestens jedoch mit der Übergabe des Wahlvorschlages an den Wahlausschuss.
- (6) Jeder Bewerber und jede Bewerberin darf nur in einem Wahlvorschlag benannt werden. Bewerber und Bewerberinnen, die in mehreren Vorschlägen benannt sind, müssen zu Protokoll erklären, für welchen Vorschlag sie sich entscheiden. Ihre Namen sind in den anderen Wahlvorschlägen auf Veranlassung des Wahlleiters oder der Wahlleiterin zu streichen. Erfolgt trotz Aufrufs keine Erklärung zu Protokoll, wird der Name der Bewerberin oder des Bewerbers in allen Wahlvorschlägen gestrichen.

§ 5 Zulassung und Bekanntmachung von Wahlvorschlägen

- (1) Über die Zulassung von Wahlvorschlägen entscheidet der Wahlausschuss.
- (2) Wenn ein Wahlvorschlag bei Abgabe nicht die notwendigen Angaben oder nicht die erforderlichen Unterschriften enthält und trotz Hinweises an den Abgebenden oder die Abgebende nicht nachgebessert wird, wird er nicht zugelassen.
- (3) Die zugelassenen Wahlvorschläge werden entsprechend der Reihenfolge des Eingangs beim Wahlausschuss mit fortlaufenden Nummern versehen.
- (4) Die Wahlvorschläge sind der Delegiertenversammlung vom Wahlausschuss in geeigneter Form (z. B. durch Aushang oder mittels Präsentationstechnik) bekanntzumachen.

§ 6

Wahlverfahren

(1) Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (Listenwahl) ist zu wählen, wenn mehrere Wahlvorschläge zugelassen worden sind. In diesen Fällen kann jeder oder jede Delegierte seine oder ihre Stimme nur für eine Vorschlagsliste abgeben.

(2) Nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl (Personenwahl) ist zu wählen, wenn nur ein Wahlvorschlag zugelassen worden ist. In diesem Fall kann jeder oder jede Delegierte nur solche Bewerber oder Bewerberinnen wählen, die in dem Wahlvorschlag aufgeführt sind.

§ 7

Stimmabgabe

(1) Die Wahl ist an die Wahlvorschläge gebunden. Die Delegierten geben auf dem Stimmzettel im Falle der Verhältniswahl diejenige Liste, für die sie sich entscheiden, und im Falle der Mehrheitswahl die Personen, denen sie ihre Stimme geben wollen, an. Im Falle der Mehrheitswahl hat jeder Wähler und jede Wählerin so viele Stimmen, wie von der Zahnärztekammer Berlin Mitglieder zu wählen sind, höchstens so viele Stimmen, wie Personen auf dem Wahlvorschlag kandidieren. Die Stimmen können beliebig auf die Kandidaten oder Kandidatinnen verteilt werden. Eine Häufung mehrerer Stimmen auf eine Person ist nicht zulässig.

(2) Andere als die ausgegebenen Stimmzettel dürfen nicht verwendet werden, anderenfalls ist der Stimmzettel ungültig.

(3) Stimmzettel, die Angaben enthalten, die die Person des Wählers oder der Wählerin erkennen lassen oder Stimmzettel, die den Willen des Wählers oder der Wählerin nicht unzweifelhaft erkennen lassen, sind ungültig. Im Falle der Verhältniswahl sind die Stimmzettel ungültig, auf denen mehrere Wahlvorschläge angekreuzt sind oder kein Wahlvorschlag angekreuzt ist. Im Falle der Mehrheitswahl sind die Stimmzettel ungültig, auf denen mehr als die maximal zulässigen Stimmen oder überhaupt keine Stimmen abgegeben werden.

§ 8

Wahlergebnis

(1) Im Falle der Verhältniswahl stellt der Wahlausschuss das Wahlergebnis auf Grund der Zählliste nach dem Höchstzahlenverfahren (d'Hondt) fest. Jeder Wahlvorschlag erhält so viele Sitze, wie Höchstzahlen auf ihn entfallen.

(2) Wenn an letzter Stelle auf mehrere Wahlvorschläge die gleiche Höchstzahl entfällt, entscheidet das vom Wahlleiter oder von der Wahlleiterin zu ziehende Los.

(3) Im Falle der Mehrheitswahl werden die Sitze mit den Bewerbern oder Bewerberinnen in der Reihenfolge der jeweils höchsten auf sie entfallenden Stimmenzahl besetzt. Fällt auf mehrere Bewerber oder Bewerberinnen die gleiche Stimmenzahl, entscheidet das vom Wahlleiter oder der Wahlleiterin zu ziehende Los.

(4) Jeder Gewählte und jede Gewählte wird zur konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung eingeladen und hat die Annahme der Wahl nach Bekanntgabe der

Sitzverteilung zu Beginn der konstituierenden Sitzung dem anwesenden Wahlleiter oder der anwesenden Wahlleiterin oder im Verhinderungsfall einem anwesenden Beisitzer oder einer anwesenden Beisitzerin des Wahlausschusses zu erklären. Die Annahme der Wahl kann nur persönlich erfolgen. Die Annahme einer Wahl unter Vorbehalt oder unter einer Bedingung gilt als Ablehnung.

§ 9

Wahlniederschrift und Bekanntgabe

- (1) Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin hat über die Feststellung des Wahlergebnisses eine Niederschrift zu fertigen, die auch Angaben über Ort und Zeit der Wahl sowie die Mitglieder des Wahlausschusses enthalten muss. Die Niederschrift ist von den Mitgliedern des Wahlausschusses zu unterzeichnen.
- (2) Die Niederschrift, die Stimmzettel und sonstige Wahlunterlagen sind mindestens zwei Jahre lang aufzubewahren. Sind gerichtliche Verfahren anhängig, verlängert sich die Frist bis zum rechtskräftigen Abschluss der Verfahren.
- (3) Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin teilt der Aufsichtsbehörde das Ergebnis der Wahl mit und gibt es im Amtsblatt für Berlin bekannt.

§ 10

Wahlprüfung

- (1) Gegen die Gültigkeit der Wahl zur Vertreterversammlung oder der Wahl eines Vertreters oder einer Vertreterin kann jeder oder jede Wahlberechtigte innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach der Bekanntgabe beim Wahlausschuss schriftlich Einspruch einlegen. Der Einspruch ist zu begründen. Soweit behauptete Tatsachen nicht offenkundig sind, sind die erforderlichen Beweismittel beizufügen.
- (2) Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Der Wahlausschuss entscheidet innerhalb von zwei Wochen über den Einspruch. Er gibt dem Einspruchsführenden die Entscheidung unter Angabe der Gründe schriftlich bekannt.
- (3) Gegen die Entscheidung des Wahlausschusses kann der Betroffene innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Wahlausschuss Widerspruch einlegen. Der Widerspruch gilt als Widerspruch im Sinne des § 69 der Verwaltungsgerichtsordnung.
- (4) Wird die Unrichtigkeit des Wahlergebnisses festgestellt, so stellt der Wahlausschuss das Wahlergebnis neu fest. Wird die Wahl für ungültig erklärt, findet eine neue Wahl statt.

§ 11

Verlust eines Sitzes in der Vertreterversammlung

Ein Vertreter oder eine Vertreterin verliert den Sitz in der Vertreterversammlung

1. durch Verzicht; dieser ist dem Vorstand der Zahnärztekammer Berlin schriftlich zu erklären; der Verzicht darf keine Bedingungen enthalten; Ausführungen, mit denen der Verzicht begründet wird, sind keine Bedingungen; der Verzicht ist unwiderruflich;

ZÄK 11.1.4

2. durch nachträglichen, dauernden oder vorübergehenden Verlust der Wählbarkeit als Mitglied der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin oder als Mitglied der Vertreterversammlung;
3. durch Verlust des Sitzes in der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin;
4. durch Wahl in den Verwaltungsausschuss oder in den Aufsichtsausschuss des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin;
5. durch nachträgliche Feststellung eines anderen Wahlergebnisses;
6. durch Ungültigkeitserklärung der Wahl oder sonstiges Ausscheiden im Wahlprüfungsverfahren.

§ 12

Nachrückende Bewerber

Hat ein Gewählter oder eine Gewählte die Annahme der Wahl abgelehnt oder scheidet ein Vertreter oder eine Vertreterin aus, so tritt an seine Stelle der Bewerber oder die Bewerberin ein, der oder die auf demselben Wahlvorschlag an nächster Stelle benannt ist.

Weist ein Wahlvorschlag keine Bewerber mehr auf, so findet eine neue Berechnung nach § 8 Absatz 1 unter den verbleibenden Wahlvorschlägen statt.

Im Falle der Mehrheitswahl rückt der Bewerber oder die Bewerberin mit der nächsthöchsten Stimmenzahl nach. § 8 Absatz 3 Satz 2 findet Anwendung.

Die Bestimmungen über die Annahme einer Wahl gemäß § 8 Absatz 4 finden mit der Maßgabe Anwendung, dass die Annahme gegenüber dem Vorstand der Zahnärztekammer Berlin schriftlich zu erklären ist, wenn die konstituierende Sitzung der Vertreterversammlung bereits stattgefunden hat.

§ 13

Beteiligung anderer Kammern an dem Versorgungswerk

Haben sich andere Kammern dem Versorgungswerk durch Anschlussatzung oder Staatsvertrag angeschlossen, erfolgt die Verteilung der Sitze der Vertreterversammlung gemäß § 4b Absatz 4 Satz 2 des Berliner Kammergesetzes entsprechend dem Anteil der Mitglieder der beteiligten Kammerbereiche an der Gesamtmitgliederzahl der Versorgungseinrichtung. Die Gesamtmitgliederzahl ist die Anzahl der Pflichtmitglieder, die den beteiligten Kammern zuzuordnen sind. Der jeweilige Anteil der Sitze ist zu Beginn des Anschlusses der jeweiligen Kammer an das Versorgungswerk und später am Anfang der Amtsperiode jeder Vertreterversammlung festzulegen. Jeder beteiligte Kammerbereich muss durch mindestens ein Mitglied vertreten sein.

§ 14
Inkrafttreten

Diese Wahlordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt für Berlin in Kraft.

Nach § 10 Absatz 2, § 4b Absatz 5 Satz 4 in Verbindung mit § 14 Absatz 1 des Berliner Kammergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. September 1978 (GVBl. S. 1937, 1980), das zuletzt durch Gesetz vom 17. März 2010 (GVBl. S. 135) geändert worden ist, genehmigt.

Berlin, den 14. August 2012

Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales

Ausgefertigt am 22. August 2012

Dr. Wolfgang Schmiedel
– Präsident –

Dr. Michael Dreyer
– Vizepräsident –

ZÄK 11.1.6